



Haushaltsberatungen 2022 – kaum Platz für Lob

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben ein ganz besonderes Jahr. Zunächst die Landtagswahlen und eine neue Regierungsbildung, wobei die Koalitionäre dieselben sind. Allerdings, im Gegensatz zu vermutlich allen vorherigen Koalitionsverträgen, kann man sich an keinerlei verbindliche, mit haushalterischen Auswirkungen verbundene Festlegungen halten. Für jeden Haushalt wird man in den nächsten Jahren immer wieder neu verhandeln und kämpfen müssen. Leider gibt es kaum längerfristige, planbare und damit verlässliche Rahmenbedingungen.

In diesem Jahr gibt es die Besonderheit, dass neben einem Nachtragshaushalt noch die Verpflichtung besteht, einen „Einzelhaushalt 2022“ zu beschließen. Dabei sind die zeit-

lichen Planungen für all diejenigen, die mit diesem Haushalt arbeiten müssen, mehr als schlecht. Erst im Dezember und damit viel zu spät wissen wir, mit welchen Einschränkungen zu rechnen ist.

Zum aktuellen Zeitpunkt überwiegen die Gerüchte und Befürchtungen. Etwa ob der Stellenpool für Lebensarbeitszeitverlängerungen fortgeführt wird? Ob circa 50 sogenannte kw-(Künftig-wegfallend-)Stellen in diesem Stellenpool gestrichen werden oder ob es sich um mehr Stellen handelt, wenn es überhaupt zu einer Streichung kommt. Die Presseveröffentlichungen zu den Planungen decken bei Weitem nicht das ab, was uns als Polizei interessiert.

Die Fortsetzung der Einstellungsoffensive und die jährliche Einstellung von 1400 Beamtinnen und Beamten hatten wir in das Wahlprogramm der CDU gebracht. Nach den neuesten Meldungen dürften es wohl 1340 Einstellungen werden. Damit könnte man im Grunde zufrieden sein, allerdings scheint es dann noch kaum möglich, dass es bis zum Jahr 2026 zu einer Verstärkung der Polizei um weitere 3000 Stellen reicht. Von den 1340 Einstellungen sind nach den aktuellen Erkenntnissen 660 Ausbildungsstellen für die Einstellung von Polizeikommissarsanwärter(innen) vorgesehen.

Fatal sind die unklaren Planungen zu der sogenannten Wiederbesetzungssperre im Tarifbereich. Wenn hier keine vorherige klare Bekanntgabe erfolgt, können beispielsweise die zum Jahresende durch Verrentung frei werdenden Tarifstellen nicht ausgeschrieben

und auch nicht nachbesetzt werden. Damit würde die Landesregierung die Einstellungs- politik der letzten Jahre konterkarieren.

Klar scheint schon jetzt zu sein, dass die Polizeibesetzten mit keinerlei Verbesserungen rechnen können. Eine Erhöhung der Zulagen wird es nicht geben.

Und ob es Stellenhebungen für die restlichen Stellen nach A 8 im Eingangssamt geben wird, ist aktuell auch eher unwahrscheinlich.

Selbst die Frage einer Tarifierhöhung beziehungsweise Besoldungs- und Versorgungserhöhung ist ungewiss. Bei einem Gespräch am 18. Oktober 2021 mit Dr. Danyal Bayaz, dem Finanzminister, und Veit Mössler, dem baden-württembergischen Verhandlungsführer, wurde deutlich, dass man zu wenigen Zugeständnissen bereit ist und es immer noch fraglich ist, ob es überhaupt zu einem Abschluss kommt. Deshalb war es auch gut, dass am 19. Oktober 2021 an einer Aktion der DPoIG in der Mittagspause weit über 400 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben. Sie haben ihre Streikbereitschaft gezeigt.

Aktuell laufen Vorplanungen zu einer Großkundgebung (Demo) am 23. November 2021. Dabei wird es darum gehen, dass auch Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte, unterstützt von Rentnern und Pensionären die Tarifbeschäftigten unterstützen. Schließlich geht es nicht nur um die Tarifierhöhungen. Es geht auch um die Übernahme für den Beamtenbereich.

Letztlich wird es bei den Haushaltsberatungen auch um die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und der Polizei gehen. Die Polizeihäushalte werden äh-



Ralf Kusterer

© DPoIG BW

lich wie die privaten Haushalte von der Inflationsrate betroffen sein. Alleine die steigenden Spritkosten lassen die Vermutung zu, dass es bald wieder darum geht, Spritkosten einzusparen.

Zwar verdient der Staat an jedem Liter Sprit, immerhin über 90 Cent bei einem Liter Super. Allerdings ist mit einer Weitergabe der Einnahmen aktuell nicht zu rechnen.

An wesentliche Verbesserungen der Ausstattung und Ausrüstung ist eher nicht zu denken. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass wir bei der digitalen Aufholjagd kaum einen Schritt weiterkommen. Immer mehr Verzweigung, aber auch Ärger machen sich breit, weil technische Lösungen nicht bereitgestellt werden können.

Bleibt zu vermuten, dass man sich auf all den Spielwiesen austobt, die kein Geld kosten und vielleicht noch einen Sparbeitrag leisten. Mit sich selbst beschäftigt klärt zwar keine Kriminalität auf und schützt schon gar nicht die Bürgerinnen und Bürger. Aber müde macht es auch – und sei es nur amtsmüde.

Ihr/Euer Ralf Kusterer

Inhalt

- 2 DPoIG im Dialog mit Sascha Binder
- 3 Arbeitstagung des BBW
- 3 DPoIG im Gespräch mit Dr. Timur Lutfullin
- 4 Mittagspausenaktion der DPoIG
- 6 Jürgen Weber (Lahr) verabschiedet
- 8 DPoIG fordert Regressobergrenzen für Polizeibesetzte
- 8 Einladung JHV PP Einsatz KV BePo Bruchsal

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

DPoIG im Dialog mit Sascha Binder, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion und Generalsekretär der SPD

Unmittelbar nach der Bundestagswahl traf sich der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion und Generalsekretär der SPD, Sascha Binder, der innerhalb der SPD-Landtagsfraktion auch für das Thema Innere Sicherheit zuständig ist, mit dem DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer. Natürlich ging es in dem Gespräch auch um die Sondierungen und Koalitionsverhandlungen im entfernten Berlin. Dabei konnte der DPoIG-Landesvorsitzende zahlreiche bundespolitische Themen ansprechen, die der DPoIG auf dem Herzen liegen und nicht unbedingt der parteipolitischen Linie der SPD entsprechen. Aber zu der langjährigen engen Zusammenarbeit zwischen der SPD-Fraktion und der DPoIG-Führung gehört ein offener Austausch, der stets konstruktiv und in guter Atmosphäre

stattfindet. So auch bei diesem Treffen. Dabei ist der Austausch auch vom direkten Kontakt auf der Arbeitsebene, etwa zwischen den parlamentarischen Beratern und der DPoIG-Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert geprägt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer Sascha Binder bedankte sich im Namen der Fraktion für die bisher gute Zusammenarbeit und machte deutlich, dass gerade seine Fraktion ein großes Interesse an der Sacharbeit und damit an den drängenden Problemen der Polizei habe. Oppositionsarbeit bedeute, dass man den Finger in die Wunde lege und schaue, wo der Schuh drückt. Und schon deshalb standen einige parlamentarische Anfragen des SPD-Abgeordneten Binder im Mittelpunkt des

Austausches. Dabei lobte Ralf Kusterer das gute Gespür in den vergangenen Wochen. Etwa bei dem Thema COVID-Erkrankungen in der Polizei, die Vorkommnisse beim Spezialeinsatzkommando (SEK), die Geschehnisse um die Besetzung der Spitzenfunktionen in der Polizei.

Ein zentrales Thema war auch die Neuausrichtung der polizeilichen Bildungsarbeit, wie etwa die zeitliche Ausgestaltung der Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst. Dazu Binder: „Wenn man für die Zukunft etwas gestaltet, ist es zwar gut, wenn man den Blick zurück nicht verliert, aber es ist wichtiger, Lehren daraus zu ziehen.“ Die SPD-Fraktion steht hinter der Forderung der DPoIG, das Praktikum für die Ausbildung mittlerer Dienst (mD) auf die ur-

sprüngliche Dauer von sechs Monaten zurückzuführen.

In zahlreichen sicherheitspolitischen Fragen war man sich einig. Auch in der politischen Bewertung, der aktuell von der neuen Landesregierung auf den Weg gebrachten Einschränkungen, etwa die Streichung der Stellenzulagen bei polizeidienstunfähigen Kolleg(inn)en, die in den Ruhestand versetzt werden sollen. Oder aber in der fehlenden Kompensation bei geplanten Verschlechterungen/Eingriffen und negativ belasteten Änderungen.

Als Nächstes sind ein Treffen mit dem Arbeitskreis „Inneres“ der SPD-Landtagsfraktion und ein Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch geplant, der auch zugleich Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg ist. ■



> Ralf Kusterer im Gespräch mit Sascha Binder (von links)

Arbeitstagung des BBW – Beamtenbund Tarifunion

Dirk Preis aktiv im Beamtenbund



© DPoIG BW

> Kai Rosenberger, MdB Kai Whittaker, Thomas Zawalski und Dirk Preis (von links)

Die gemeinsame Arbeitstagung der BBW-Regierungsbezirksverbände Freiburg und Karlsruhe fand am 16. September 2021 und somit im Vorfeld der Bundestagswahl statt. Das nahm unter anderem der Vor-

sitzende des BBW-Bezirksverbandes Karlsruhe, Dirk Preis, zum Anlass, diesmal nicht nur die Delegierten, sondern auch die Bundestagskandidaten Kai Whittaker (CDU) und Thomas Zawalski (Die Grünen) zu der

Veranstaltung einzuladen. In einer herausragenden Tagungskulisse und bei tollem Wetter wurden auch heiße Themen nicht ausgespart und die Forderungen und Positionen der DPoIG und des BBW vertreten.

An der viel beachteten Veranstaltung nahmen acht Delegierte der DPoIG BW aus den Bezirksverbänden Freiburg, Offenburg, Karlsruhe und Pforzheim, teil.

DPoIG im Gespräch mit Dr. Timur Lutfullin (FDP)

Vielleicht auch gerade jetzt wichtig – aber vor den Ereignissen in Berlin und der Ampel-Diskussion traf sich der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer mit dem bisherigen parlamentarischen Berater der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Timur Lutfullin.

Eine Fülle von Themen stand dabei auf der Agenda. Etwa wie die Bundespolizei im Bund und im Südwesten zu stärken ist, Kennzeichnungspflicht für Bereitschaftspolizisten, Antidis-

kriminierungsgesetz, Ausstattung der Polizei, die Sonderwagen für die Bereitschaftspolizei und was die Entwicklungen für die innere Sicherheit in Deutschland bedeuten. Aber auch Auswirkungen der Lage in Afghanistan auf Deutschland, die Rolle der Taliban beim Drogenhandel und die von ihnen ausgehende Terrorgefahr.

„Es gibt eine Menge zu tun“, resümierten beide Gesprächspartner nach dem mehrstündi-

gen Dialog und vereinbarten eine Fortsetzung des intensi-

ven und gewinnbringenden Austausches.



> Ralf Kusterer im Gespräch mit Dr. Timur Lutfullin (von links)

© DPoIG BW



> Aktionstag der DPoIG am 19. Oktober 2021: „Aktive Mittagspause“

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen folgten dem Aufruf des Bundes- und Landestarifbeauftragten Edmund Schuler und der Tarifkommissionen zu einer Protestaktion im Rahmen der Einkommensrunde 2021.

An zahlreichen Stellen zeigen die DPoIGler, dass sie streikbereit und streikfähig sind. Sie setzen damit ein deutliches Zeichen gegen die Arbeitgeber, die nicht nur von Anfang an blockieren, sondern auch Verschlechterungen wollen.



© DPoIG BW (14)





> Die Deutsche Polizeigewerkschaft und der Deutsche Beamtenbund fordern unter anderem:

- > Erhöhung der Tabellenentgelte um fünf Prozent, mindestens 150 Euro (Beschäftigte im Gesundheitswesen mindestens 300 Euro)
- > Erhöhung der Azubi-/Studierenden-/Praktikantenentgelte um 100 Euro
- > Laufzeit zwölf Monate
- > zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamten sowie Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen



Jürgen Weber (Lahr) verabschiedet

Landesvorsitzender würdigt herausragendes gewerkschaftliches Engagement

Am 21. September 2021 wurde Kollege Jürgen Weber, im Rahmen einer Abendveranstaltung des Kreisverbandes Hochschule Lahr in den wohlverdienten beruflichen Ruhestand verabschiedet und für sein herausragendes Engagement in der Deutschen Polizeigewerkschaft und den Personalvertretungen geehrt. Wer ihn kennt, weiß, dass er um sich selbst nie ein großes Aufheben gemacht hat. Wer ihn kennt, weiß, dass er sich nie in den Mittelpunkt gestellt hat. Wer ihn kennt, weiß, dass er sich stets als engagierter Kämpfer für die Beschäftigten eingesetzt hat und dabei eigene Nachteile in Kauf genommen hat. Wer ihn kennt, weiß, was die Deutsche Polizeigewerkschaft, der Hochschulstandort Lahr und die Polizei Baden-Württemberg verliert. Wer ihn kennt, weiß, was er für uns alle geleistet hat.

Es gibt bundesweit wohl keinen Aktiven in der Deutschen Polizeigewerkschaft, der so viele Mitglieder geworben hat. Es dürften im Laufe der Zeit mehrere Tausend gewesen sein, und wer versucht nachzurechnen, kommt auf 8 000 bis 10 000 Mitglieder. Weit über 35 Jahre war Jürgen Weber derjenige, der sich in Lahr um die Mitgliederwerbung gekümmert hat. In dieser Zeit, zumindest ab den 90er-Jahren, gab es nur selten Einstellungsjahrgänge, in denen nicht mindestens 80 Prozent der Neueingestellten den Weg in die Deutsche Polizeigewerkschaft fanden.

Man könnte denken das Wort „Mitgliederbetreuung“ wurde von ihm erfunden. Zumindest aber mit Leben ausgefüllt. Mit einem ausgesprochenen Gespür dafür, was junge und ältere Menschen benötigen, war er stets auf der Suche nach Ange-

boten und Hilfeleistungen, die von den Mitgliedern dankend angenommen wurden. Vielleicht waren es die Umstände und Zeiten oder aber einfach auch die Tatsache, dass die Polizeibeschäftigten nie zu den Großverdienern gehörten. Auf jeden Fall aber war Jürgen Weber bemüht, die gewerkschaftlichen Wünsche der Mitglieder zu erfüllen beziehungsweise sie dabei zu unterstützen. Im Grunde gab er den Startschuss zu dem, was man heute in den Gewerkschaften mit Servicegesellschaften und Unternehmen mit vielfältigen Dienstleistungen für die Mitglieder anbietet und umsetzt. Dabei mag alleine die Zeit, die Jürgen Weber dafür uneigennützig, alleine zum Wohle und im gewerkschaftlichen Zweck einsetzt hat, unmessbar sein.

Wenn es einen klaren Schwerpunkt im Wirken von Jürgen Weber gab, dann waren es die Menschen, die Beschäftigten in Lahr, in den Dienststellen der Hochschule und der damaligen Bereitschaftspolizei. Und in den sogenannten personalvertretungsrechtlichen Stufenvertretungen waren es alle Kolleginnen und Kollegen, für die er zuständig war. Seine Kontakte reichten in das ganze Land. Bei Fragen, Sorgen und Nöten wandten sich viele auch lange nach ihrer Zeit in Lahr an ihn. Und er tat alles, um ihnen zu helfen. Dabei machte Jürgen Weber nie einen Hehl daraus, dass er bei der Abwägung von „zum Wohle der Dienststelle“ stets den Finger auf dem Teil der Waage hatte, auf dem die Menschen standen.

Zahlreiche Verbesserungen hat er für „seine“ Beschäftigten erreicht, vieles auf den Weg gebracht und angeschoben. Etwa die Arbeitszeitgewährung für

Beamte in Ausbildung, die für ihre Wachdienste keine Vergütung erhalten sollten. Die Einführung des Eingangsamtes in A 8, die kurz bevorsteht, oder Ausstattungs- und Ausrüstungsfragen. Er kämpfte gegen die Zerschlagung der Bereitschaftspolizei und den Erhalt der damaligen Standorte, darunter auch Lahr. Ihm lag eine gerechte Vergütung der Lehrerarbeitszeiten, auch für diejenigen in den sogenannten praktischen Fächern, am Herzen. Und zur Wahrheit gehört, dass, wenn es ihn nicht gegeben hätte, längst Arbeitszeitregelungen in der Hochschule gelten würden, die weit von dem abweichen, was heute Gültigkeit hat. Auch die klassischen Gewerkschaftsthemen trieben ihn um. Die Bewertung und kleinste Möglichkeiten der besseren Bezahlung von Tarifbeschäftigten konnten ihn zur Weißglut bringen, wenn er das Gefühl hatte, dass die „Polizeiführung“ bei absoluten Mini-geldbeträgen so tat, als müsste sie diese aus der eigenen Tasche bezahlen. Überall da, wo es nach ungerechter Behandlung oder Ungerechtigkeiten roch, war er da und legte den Finger in die Wunde. Dort, wo Führungskräfte und selbst ernannte Moralapostel über Werte diskutierten und überzogene Wertvorstellungen – in der Regel nur von anderen – einforderten, übte er Gegenrede. Etwa bei der Verfolgung von Whats-App-Bildern, die vielleicht den Geschmack nicht immer fanden, aber deren Besitzer weit davon entfernt waren, nicht auf den Füßen der freiheitlichen Grundordnung zu stehen.

Jürgen Weber ist und war schon immer ein Mensch, den man heute als Netzwerker bezeichnen würde. Seine guten Kontakte zum Landes- und Bundesver-

band der DPoIG, seine vielseitigen politischen Kontakte, insbesondere zur CDU und zu allen Landes- und Bundestagsabgeordneten der Region. Auch alle dienstlichen Kontakte und Möglichkeiten zu den Dienststellenleitungen und in das Innenministerium direkt nutzte er, um sich für die Nöte und Sorgen „seiner“ Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Dabei durfte er sich stets der uneingeschränkten Unterstützung und Rückenbedeckung des amtierenden Landesvorsitzenden sicher sein. Etwa, wenn es um ungerechtfertigte Anschuldigungen und Angriffe des gewerkschaftlichen Mitbewerbers ging, den es faktisch am Standort Lahr heute nicht mehr gibt, nicht einmal mehr im Personalrat.



> Blumenstrauß für Martina Weber (links) überreicht von der Geschäftsführerin der DPoIG BW, Sarah Leinert

Jürgen Weber übte in der Deutschen Polizeigewerkschaft verschiedenste Funktionen aus. Mehr als ein Vierteljahrhundert war er Geschäftsführer im Kreisverband Lahr, den er zukünftig nicht nur als Seniorenvertreter unterstützen wird. Innerhalb des Bezirksverbandes Hochschule war und ist er stellvertretender Bezirksvorsitzender. Dort wird er sich zukünftig verstärkt der Situation der 60plus-Generation widmen. Überdies war Jürgen Weber langjähriges Mitglied des Landesvorstandes der DPoIG und seit Beginn seiner aktiven Gewerkschaftszugehörigkeit Mitglied im Landeshauptvorstand. Ebenso vertrat er bei allen Bundeskongressen die Interessen des Landesverbandes. Für



> Annette Kees, Rolf Metzger, Jürgen Weber, Ralf Kusterer und Steffen Wacker (von links)

seine großen Verdienste wurde Jürgen Weber beim Landeskongress 2019 mit der Ernennung „Ehrenmitglied des Landesverbandes“ ausgezeichnet.

Der Jubilar hatte in seiner dienstlichen Laufbahn die verschiedensten Facetten der Polizei kennengelernt. Als gelernter Industriekaufmann wurde er mit 19 Jahren bei der Polizei in Lahr (18. Hundertschaft) eingestellt, nach seiner Ausbildung zur 1. BPA nach Bruchsal umgesetzt und sodann beim Objektschutz in Karlsruhe verwendet, dessen Schicht am Tag der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback durch die RAF Dienst hatte. Sein dienstlicher Weg führt zum Polizeirevier Kehl, von wo er jährlich mindestens drei Monate zum Personen- und Objektschutz Stuttgart, mit Verwendung bei der Objektschutzsonderwache „Hecker“, abgeordnet wurde. Vor fast genau 41 Jahren wurde er zur 4. BPA nach Lahr versetzt. In der 19. Hundertschaft übernahm er die Aufgaben als Personalsachbearbeiter und Mitglied der Führungsgruppe, was ihm sicherlich den ersten Kompetenzschub im Beamtenrecht verlieh, das er später auch in Lahr unterrichtete. Kenntnisse, die ihm seit Jahren auch in seiner Eigenschaft als ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht Freiburg zugutekommen. Seine polizeiliche Vita war un-

mittelbar mit den Personalvertretungen verbunden. Im Jahr 1989 wurde er erstmals in den Örtlichen Personalrat gewählt, dem er bis heute angehörte und dessen Vorsitzender er viele Jahre war. Ende 1989 rückte er in den Bezirkspersonalrat, damals der Bereitschaftspolizeidirektion in Göppingen, nach. Mit der Polizeireform folgte eine kurze Zeit des Übergangspersonalrats an der Hochschule für Polizei, zu dessen stellvertretendem Vorsitzenden er gewählt wurde. Bei den Personalratswahlen 2014 wurde er in den Gesamtpersonalrat der Hochschule und dort zum Stellvertreter gewählt. Ebenso erfolgte nach jahrelanger Teilnahme als Ersatzmitglied die Wahl in den Hauptpersonalrat der Polizei im Innenministerium, dem er auch heute noch angehört. Wenn er am 30. September 2021 das Areal in Lahr verlässt, wird er auf eine über 32-jährige Mitgliedschaft in fast allen denkbaren Personalvertretungen zurückblicken können. Eine Zeit, in der die Beschäftigten auf Jürgen Weber zählen konnten und die insbesondere dem Standort Lahr (ob Bereitschaftspolizei oder Hochschule) eine optimale Außenvertretung sicherte.

Für den Hauptpersonalrat der Polizei beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Kommunen überbrachte der Vorsitzende Ralf Kusterer die

besten Grüße des Ministeriums und des Hauptpersonalrats. Ralf Kusterer verband mit Jürgen Weber eine seit 1985 dauernde enge Zusammenarbeit, die bis zum heutigen Tage als freundschaftliche Verbundenheit bezeichnet werden kann, zumal Ralf Kusterer 1985 seine gewerkschaftliche Laufbahn in Lahr und damit im nahen Umfeld und mit Unterstützung von Jürgen Weber begann. Sehr persönlich skizzierte er den gemeinsamen Weg in der Polizei, im Personalrat und in der gewerkschaftlichen Arbeit. Kusterer dabei wörtlich: „Ich hatte sehr viele Begegnungen, Sitzungen, Besprechungen und Veranstaltungen der Personalvertretungen erlebt, in denen du, lieber Jürgen, unverrückbar und klar zum Wohle der Beschäftigten, auf deinen Standpunkt bestanden und diesen vertreten hast. Dabei mag in der aktuellen Situation mancher Diskutant noch nicht erkannt haben, wie recht du haben wirst und wie sie alle eines Besseren belehrt wurden oder werden.“ Ralf Kusterer überreichte in seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptpersonalrats eine Ehrenurkunde und würdigte damit das außerordentliche Engagement von Jürgen Weber in den Personalvertretungen, die er in seiner aktiven Zeit wesentlich mitgeprägt hatte. Für den örtlichen Personalrat am Hochschulstandort Lahr würdigte dessen

Vorsitzender Rolf Metzger die Arbeit und Zusammenarbeit mit Jürgen Weber. Dabei ging dieser auf die langjährige persönliche Zusammenarbeit ein, die beide auch im Gesamtpersonalrat hatten. Er überbrachte auch die Wünsche des Gesamtpersonalrats, dessen Vorsitzender Berthold Kibler ist, der aber leider nicht persönlich teilnehmen konnte, aber Jürgen Weber innerhalb des Gesamtpersonalrates persönlich verabschiedet hatte.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes HfPol Lahr, Steffen Wacker, dessen Großvater zu den Gründungsvätern gehörte und wie sein Vater Alexander Wacker als Vorsitzender den Kreisverband führte, konnte er aus deren Erzählungen die Vita Jürgen Webers im Kreisverband Lahr beleuchten. Jürgen Weber hat als „perpetuum mobile“ diesen Kreisverband mit aufgebaut, geprägt und zu dem gemacht, was er heute ist. Als Geschäftsführer hat er mit dafür Sorge getragen, dass dieser Kreisverband auf einem soliden und gesunden Fundament steht, das der heutigen Führungsmannschaft enorme Gestaltungsmöglichkeiten ermöglicht. Für diese bereits genannten Leistungen ist der Kreisverband Jürgen Weber zu großem Dank verpflichtet. Ihm gebühren Respekt und Anerkennung für seinen selbstlosen Einsatz für diese Organisation, aber noch viel mehr für deren Mitglieder. Dabei brachte Steffen Wacker zum Ausdruck, dass er sich über die Zusage der weiteren Unterstützung von Jürgen Weber freue. Wacker wörtlich: „Es wird schwer, diese Fußabritte, sicherlich in anderer Form und Weise, auszufüllen. Jürgen Weber hat Unglaubliches geschaffen, das es auch zu bewahren gilt. Die Messlatte liegt sehr hoch.“



Als Landesvorsitzender würdige Ralf Kusterer die Leistungen und das unbeschreibliche Engagement von Jürgen Weber, der mit seiner Arbeit auch den Landesverband zu dem gemacht hat, was er heute ist – der mit 21 000 Mitgliedern und großem Abstand größte Berufsverband in der Polizei Baden-Württemberg. Dabei scheint es verwunderlich, dass bei all diesem Engagement sich Jürgen Weber seit vielen Jahren auch als Stadtrat und Ortschaftsrat in Mahlberg den Mitmenschen an seinem Lebensmittelpunkt ein-

bringe, wozu auch seine Ehrenämter im DRK Mahlberg, beim Akkordeonspielring Ettenheim, die Mitgliedschaft im Kuratorium des Kindergartens und die Mitwirkung als Lektor im Gottesdienst zählen. Wobei er seinen Ausgleich beim Weinanbau und -ausbau, sportlichen Betätigungen und in der Natur finde.

Kusterer dazu: „Es gibt kein Gremium, in dem Jürgen Weber nur so dabei saß, es gibt keine Funktion und kein Mandat, das Jürgen Weber einfach so innehatte. Er war und ist

„neudeutsch“ ein Player. Einer, der mit klaren Wertvorstellungen, Standpunkten und unglaublich großem Einsatz seine ihm übertragenen Aufgaben übernommen und ausgefüllt hat. Dabei investierte er unglaublich viel Freizeit für diese Aufgaben. Im Schwäbischen würde man sagen, er war ein ‚Schaffer‘, der immer selbst Hand anlegte, bei Veranstaltungen meist der letzte Helfer war und akkurat und ordentlich, bildlich gesprochen, den Raum verließ.“ Nach Auffassung Kusterers gibt es

dazu nur einen passenden bayerischen Ausdruck: „Vergelt's Gott“ und den Auftrag, diese Leistungen und das Engagement nie zu vergessen.

Nach einem kleinen, sehr persönlichen Rückblick und Anmerkungen von Jürgen Weber freuten sich alle Anwesenden über einen netten Ausklang, gespickt mit Anekdoten und Geschichten – nicht nur von und über Jürgen Weber, was aber mit Sicherheit in bester Erinnerung bei ihm bleiben wird. ■

DPoIG fordert Regressobergrenzen für Polizeibeschäftigte



© DPoIG BW

> Peter Vietz

Der DPoIG-Bezirksvorsitzende Ulm, Peter Vietz, fordert mit Blick auf die Entwicklungen bei den Regressforderungen gegenüber Polizeibeschäftigten und im Vergleich zu den Regelungen anderer Länder und des Bundes die Einführung einer Obergrenze für Regressforderungen des Landes beziehungsweise eine Befreiung. Das gelte in besonderem Maße für den Kfz-Bereich. Außerdem fordert Peter Vietz die genaue Prüfung der Regressnahmen bei Polizeifahrzeugen im Sinne des Pflichtversicherungsgesetzes, die unter gewissen Umständen einen Rückgriff auf den Fahrzeugführer sogar ausschließt.

Laut Gesetzgeber stellt jeder, der sich im Straßenverkehr bewegt, ein Risiko für die Allgemeinheit dar. Daher ist über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter geregelt, dass Fahren auf öffentlichen Wegen und Plätzen ohne Kfz-Haftpflichtversicherung verboten ist. Für die Polizei wie für viele andere Behörden und Einrichtungen, etwa die Deutsche Bahn, gilt eine Ausnahmeregelung. Denn gemäß § 2 Pflichtversicherungsgesetz gilt die Versicherungspflicht unter anderem nicht für die Bundesrepublik Deutschland, die Länder, die Gemeinden mit mehr als einhunderttausend Einwohnern. Dabei haben die von der Versicherungspflicht befreiten Fahrzeughalter, sofern nicht aufgrund einer entsprechenden Versicherung Haftpflichtversicherungsschutz gewährt wird, in gleicher Weise und in gleichem Umfang einzutreten wie ein Versicherer bei Bestehen einer solchen Haftpflichtversicherung. Wird ein Personen- oder Sachschaden verursacht, haftet der Fahrzeughalter im Verhältnis zu einem Dritten auch, wenn der Fahrer den Eintritt der Tatsache, für die er dem Dritten gegenüber ver-

antwortlich ist, vorsätzlich und widerrechtlich herbeigeführt hat. Dabei verbietet das Pflichtversicherungsgesetz sogar den Rückgriff des Halters in entsprechend geregelten Fällen.

In der Polizei wird dagegen seit Jahren, in durchaus unterschiedlicher Ausprägung der Fahrzeugführer in Rückgriff genommen. Dabei wird sogar derjenige, der Mitglied einer Gewerkschaft ist, benachteiligt, weil ihm teilweise ohne Prüfung der finanziellen Verhältnisse die Schadensbegleichung auferlegt wird. Und zwar unabhängig davon, ob die Versicherung der Gewerkschaft tatsächlich leisten würde.

Für die Personalvertretungen und Gewerkschaften, aber auch für die Betroffenen ist das ein absolutes Ärgernis. Auch deshalb, weil sich das Land die Versicherungsbeiträge spart und die Schäden dann auf die Beschäftigten abwälzt. Seit Jahren fordert deshalb die DPoIG den Abschluss entsprechender Versicherungen beziehungsweise den Verzicht oder aber die Begrenzung von Regressforderungen. Das hat der Bezirksvorsitzende Ulm, Peter Vietz, jetzt nochmals deutlich gemacht: „Wer im Auftrag der Sicherheit unterwegs ist, darf nicht grenzenlos in Regress genommen werden. Die allgemeinen Regelungen zur Inrechnungnahme sind unzureichend und zu hoch. Das gilt auch für die unberechtigte Inrechnungstellung von Kosten, die gar nicht entstanden sind.“ ■

> JHV

Einladung zur Jahreshauptversammlung des DPoIG Kreisverbandes

PP Einsatz, Bepo Bruchsal,

am Mittwoch, den 1. Dezember 2021, ab 16.30 Uhr. Die JHV findet im „2G-Modus“ (geimpft oder genesen) in den Kantinenräumen I und II bei der Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal, Dittmannswiesen 64 statt. Tagesordnung wird zeitnah veröffentlicht. Anmeldungen (unbedingt erforderlich) bitte bis Montag, den 15. November 2021 per Mail an Rolf.Schindwein@polizei.bwl.de oder telefonisch 07251.703-1505.